

Protokoll der

4. ordentlichen Gemeindeversammlung

vom 12. Dezember 2007

im OZL-Foyer

Anwesend	200 Einwohner/Innen
Mitglieder Gemeinderat	Lajos Kovacs, Gemeindepräsident Dominique Bischoff François Sandoz Hans Peter Isenschmid Adrian Busslinger
Protokoll	Franziska Albrecht
Gäste	Regula Steccanella, Gemeindeverwalterin Nicole Künzi, Auszubildende Max Auer, techn. Dienst Daniel Dallio, techn. Dienst RAPP INFRA Johannes Kienzle
Presse	BAZ Herr Fischer, BZ Herr Jeanloz
Dauer	19.30 Uhr - 24.00 Uhr

Traktanden

1. Wahl der Stimmezähler/Innen
2. Genehmigung des Protokolls der a.o. Gemeindeversammlung vom 22. August 2007
3. Genehmigung revidiertes Feuerwehreglement
4. 4.1. Gemeindebauten, wie weiter?
4.2. Antrag auf Suche nach Käuferinteressenten für die gemeindeeigenen Grundstücke
5. Finanzplan
6. Genehmigung folgender Investitionskredite:
6.1 Einbau Microbelag Kirchgasse Fr. 27'500.--
6.2 Ersatz Wasserleitung Witterswilerstrasse Fr. 220'000.--
6.3 Sanierung Bushaltestelle Flüh Fr. 30'000.--
7. Festsetzen der Steuern und Gebühren
8. Genehmigung des Voranschlags für die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung 2008
9. Verschiedenes

Traktandum 1 - Wahl der Stimmenzähler

Lajos Kovacs eröffnet die Versammlung und begrüsst alle Anwesenden zur Gemeindeversammlung 2007.

Er stellt fest, dass die Publikation im Wochenblatt sowie der Versand der Einladungen rechtzeitig erfolgt sind.

Er begrüsst die Vertreter der Presse; Herrn Jeanloz von der Basellandschaftlichen Zeitung und Herrn Fischer von der Basler Zeitung. Weiter begrüsst er Johannes Kienzle von der Firma Rapp Infra, der sich für die Beantwortung der Fragen bezüglich der Nachtragskredite Wasserleitungen zur Verfügung stellen wird.

Er stellt die Mitglieder des Gemeinderates und die Angestellten der Gemeindeverwaltung vor.

Da wesentlich mehr Personen als üblich anwesend sind, werden mehrere Stimmenzähler benötigt. Auf Lajos Kovacs Vorschlag hin wählt die Versammlung einstimmig folgende Stimmenzähler: Rolf Gilgen, Jörg Schermesser, Max Kilcher und Johnny Rütli.

Es werden 200 Stimmberechtigte gezählt.

Paul Stöcklin beantragt, dass die Traktanden 4 und 6 erst nach dem Traktandum 7 behandelt werden.

Es wird darüber abgestimmt.

Mit 11 Ablehnungen ist die Mehrheit der Anwesenden dafür, dass die Traktanden 4 und 6 nach dem Traktandum 7 behandelt werden.

12. Dezember 2007

Traktandum 2 - Genehmigung des Protokolls vom 22.8.2007

Das Protokoll vom 22. August 2007 konnte während den Schalterstunden bei der Gemeindeverwaltung eingesehen und zusätzlich auf dem Internet www.baettwil.ch abgerufen werden.

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und verdankt.

Traktandum 3 - Genehmigung revidiertes Feuerwehrreglement

Per 1. Januar 2007 ist das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare in Kraft getreten. Dieses, wie auch inzwischen eingetretene Änderungen im kantonalen Gebäudeversicherungsgesetz vom 24. September 1992 (GVG; BGS 618.111), bedingen entsprechende Anpassungen im kommunalen Feuerwehrreglement.

Lilly Tagni erkundigt sich, ob es notwendig sei, dass Bättwil eine eigene Feuerwehr betreibe. Man könne sich diese nicht wirklich leisten.

Lajos Kovacs weist darauf hin, dass es in diesem Traktandum lediglich um die Genehmigung des revidierten Reglements gehe und nicht um die Frage der Notwendigkeit der Feuerwehr selbst.

Da von der Versammlung keine weiteren Auskünfte gewünscht werden, lässt Lajos Kovacs über den Antrag abstimmen:
Der Gemeindeversammlung wird beantragt, das revidierte Feuerwehrreglement zu genehmigen.

Mit 3 Ablehnungen ist die Mehrheit der Anwesenden dafür, das revidierte Feuerwehrreglement zu genehmigen.

Im Anschluss an die Abstimmung erhebt sich Max Kilcher und beantragt, dass geprüft werden solle, ob ein Feuerwehrstützpunkt realisiert werden könne.

Mehrheitlich wird dieser Antrag angenommen.

An der nächsten Gemeindeversammlung wird diesbezüglich eine Info erfolgen.

Traktandum 4 – Finanzplan

P. Schönenberger, welcher von der Gemeinde als externer Finanzexperte beigezogen wurde, erklärt den Anwesenden die prekäre finanzielle Lage der Gemeinde Bättwil. Mit Hilfe des Finanzplans 2008 bis 2014 zeigt er die Entwicklung der Gemeindefinanzen auf und erklärt, dass die vom Gemeinderat beantragte Erhöhung des Steuerfusses von 120% auf 144% die geeignete Art sei, die Finanzen in den Griff zu bekommen und den Bilanzfehlbetrag abzubauen. Auch zeigt er auf, dass der Steuerfuss jährlich wieder nach unten korrigiert werden kann, sobald die Finanzlage dies erlaubt. Die Einwohner der Gemeinde seien verpflichtet, für gesunde Gemeindefinanzen zu sorgen und Bilanzfehlbeträge abzubauen, ansonsten der Kanton die Gemeinde bevormunden würde. Die Fehlbeträge hätten schon früher bemerkt werden können, wenn die gesetzlichen Abschreibungen von 8% nicht nur auf den Nettoinvestitionen vorgenommen worden wären. Dies beschönige die Rechnung und sei für reiche Gemeinden gedacht, welche einen hohen Eigenfinanzierungsgrad hätten, erläuterte P. Schönenberger anhand von Gebrauchsgegenständen wie z.B. dem Auto.

Jürg Suter erkundigt sich, was ein Revisionsbericht der Rechnungsprüfungskommission beinhalten würde. Eigentlich würde er erwarten, dass eine Rechnungsprüfungskommission die Fehlbeträge hätte bemerken müssen.

Paul Schönenberger bemerkt, dass diese Variante der Abschreibungen nicht verboten sei aber ein „Fingerzeig“ seitens der RPK nötig gewesen sei.

Peter Staub rät, dass der Sold der RPK-Mitglieder gekürzt werden sollte, weil diese den gravierenden Fehler nicht bemerkt hätten. Ausserdem könne beim Personal für gleiches Geld mehr Leistung erwartet werden. Er spricht dabei die zum Teil versandten Steuerverzugszinsrechnungen über Fr. 1.40 an. Auch könne beim Werkhofpersonal gespart werden. Er sei gegen einen Liegenschaftsverkauf. Stattdessen sollten die frei stehenden Räumlichkeiten vermietet werden. Die Verwaltungsräume in der Schulgasse seien als Arbeitsplatz akzeptabel.

Peter Staub beantragt, dass die leer stehenden Schulräume vermietet werden sollen.

Lajos Kovacs weist darauf hin, dass Gebäude in der öffentlichen Zone nur an öffentliche Institutionen vermietet werden können.

Bruno Siegentaler teilt mit, dass er im Web die verschiedenen Steuersätze verglichen habe. Ein Steuersatz von 116 % sei der Durchschnitt. Umso mehr begreife er den Steuererhöhungsantrag des Gemeinderates nicht. Die umliegenden Gemeinden, ausgenommen die Gemeinde Metzerlen, hätten denselben oder einen tieferen Steuersatz als Bättwil.

René Walser weist auf die hohen gebundenen Ausgaben hin (Bauverwaltung, vergoldete Feuerwehr). Auch hier sollte gehandelt werden.

Paul Schönenberger weist auf den Vertrag mit der Bauverwaltung hin, der Ende 2008 gekündigt werden könne. Zum jetzigen Zeitpunkt seien Verhandlungen über günstigere Konditionen im Gange. Das Thema Feuerwehr müsse im Gemeinderat besprochen werden.

Yvonne Kilcher bedankt sich bei Paul Schönenberger für die übersichtliche Präsentation. Nach Durchsicht des Budgets sei ihr aufgefallen, dass nicht akribisch nach Einsparungen gesucht wurde. Beim Druck und Versand des Bärarnleblattes wisse sie, dass einiges Sparpotential bestehe. Auf der Verwaltung seien durch Auslagerung von Arbeiten, z.B. der Steuerklärungen an den Kanton, wohl auch freie Kapazitäten vorhanden. Sie empfiehlt darum Stellenprozente einzusparen.

Paul Schönenberger kann dazu sagen, dass die Stellenprozente immer wieder überprüft würden.

Hans Georg Leuenberger glaubt zu wissen, dass das Budget bis zum Jahr 2004 immer ausgeglichen gewesen sei. Erst ab den Jahren 2005/2006 entstanden die Defizite. Er fragt sich, weshalb solch überhöhte Verwaltungskosten entstanden seien und nimmt vorweg, dass im

Kanton Baselland wahrscheinlich bessere Löhne gezahlt werden. Er schliesst sich der Meinung von Yvonne Kilcher an, dass eventuell die Pensen reduziert werden sollten. Des Weiteren möchte er darauf hinweisen, dass die Gemeinde Hofstetten, die Paul Schönenberger öfters zum Vergleich heranzieht, mit Bättwil nicht zu vergleichen sei.

Paul Schönenberger ist der Meinung, dass Hofstetten sehr wohl mit Bättwil vergleichbar sei.

- Unter anderem seien beide Gemeinden in denselben Zweckverbänden ohne direkten Einfluss involviert. Und wenn doch, allenfalls über die Delegierten.
- Auch die Primarschule werde über eine Kommission gesteuert.
- Die Sozialkosten hätten enorm zugenommen. Der Kanton lege die Kosten dafür fest.
- Die Verwaltungskosten seien schwer zu prüfen.

Eine lange Vorsorge der Gemeinde Hofstetten habe zu einer besseren Finanzlage geführt, daher sei in Hofstetten keine Steuererhöhung nötig.

Thomas Kötter widerspricht ihm, die Verwaltungskosten seien sehr genau nachprüfbar. Die Verwaltungskosten hätten ab dem Jahr 2004 deutlich zugenommen. Auch habe die Gemeinde aufgrund der Abschreibungsfehler weniger Kantonsbeiträge erhalten.

Paul Schönenberger vertritt die Meinung, dass Subventionsbeiträge schwer voraussehbar seien. Bis zum Jahr 2014 sei deshalb immer mit dem gleichen Satz gerechnet worden.

Paul Schönenberger bietet an, die Rechnung im Beisein von Thomas Kötter und Hans Georg Leuenberger erneut zu prüfen.

Max Müller ist dafür, dass die schwer verdaubaren Finanzen in kompetentere Hände gegeben werden und beantragt, dass der Finanzplan überarbeitet wird.

Auch möchte er erfahren, weshalb der Abbau des Schuldenbergs auf den Schultern der natürlichen Personen erfolgen solle und die juristischen Personen verschont würden. Auch solle die Reservezone Eichacker in die Planung miteinbezogen werden.

Paul Schönenberger weist darauf hin, dass die Eichacker Grundeigentümer bezüglich des Verkaufs der Parzellen angefragt wurden. Eine Umlegung werde aber wohl an einer Gemeindeversammlung traktandiert werden und da hätte man die Gelegenheit, dies zu diesem Zeitpunkt abzulehnen.

Cäsar Scherrer ist erschrocken über die Darlegung der momentanen finanziellen Lage der Gemeinde, bittet aber darum, den Gemeinderat deswegen nicht anzugreifen. Er schätze es sehr in Bättwil zu wohnen. Ihm sei aufgefallen, dass im Moment der Trend zu Steuersenkungen bestehe, eine Steuererhöhung schmälere die Attraktivität der Gemeinde und führe zu weniger Zuzüglern. Ein Massnahmenkatalog liege ja nun vor: das heisse laufende Verträge / Notwendigkeiten / Lösungsansätze / Outsourcing zu prüfen. Pickelhartes Kostenmanagement sei angebracht, nicht zwingende Investitionen sollten fallengelassen und die Steuererhöhung auf 144% abgelehnt werden.

Paul Schönenberger spricht erneut die Gemeinde Hofstetten an. Ein Raunen im Saal ist nicht zu überhören. Er ist der Meinung, dass ein gutes Kostenmanagement enorm wichtig sei.

Dieter Küry, Kommandant der Feuerwehr Bättwil, bemerkt, dass Kosteneinsparungen im Budget der Feuerwehr lediglich einen sehr kleinen Betrag ausmachen würden.

Peter Glaser ist der Meinung, eine Sanierung müsse sein, und befürwortet die Erhöhung des Steuerfusses. Bei guter Rechnungsführung könne dieser sicher schneller wieder gesenkt werden.

Reto Haag befürwortet eine Fusion mit anderen Gemeinden.

Hans Georg Leuenberger schliesst sich seiner Meinung an und weist speziell auf den Informatikteil der Verwaltung hin.

Darauf antwortet Paul Schönenberger, dass der Gemeinderat solches zurzeit prüfe (Werkhof).

Christoph Kaupp meint, es gehe hier nicht darum, die Rechnung schön zu reden. Er bezweifelt, dass die Grundeigentümer mit einem Steuersatz von 144 % ihre Häuser noch verkaufen könnten. Neuzuzüger mit Wohneigentum seien auch keine grossen Steuerzahler.

Paul Schönenberger ist der Meinung, dass im Budget 2008 nicht mehr Einsparungen gemacht werden könnten.

Walter Brunner meldet sich zu Wort, er sei schon seit 1978 für eine Fusion gewesen. Er bezeichnet das Kronegebäude als Bruchbude. Ausbaden müsse dies alles nun der derzeitige Gemeinderat.

Auf die Frage, was eine Zwangsverwaltung bedeuten würde, erwidert Paul Schönenberger erläutert, der Kanton bestimme eine Person, welche die Finanzen leite und den Steuersatz festlege.

Traktandum 5 - Festsetzen der Steuern und Gebühren

Wie bereits in einigen Vorjahren aufgezeigt und angekündigt, hat sich die finanzielle Situation der Gemeinde Bättwil drastisch verschlechtert. Die jährlichen Aufwandüberschüsse sind in den letzten Jahren deutlich über Fr. 500'000.-- gestiegen, wodurch unser Eigenkapital entsprechend aufgebraucht wurde und hohe Bilanzfehlbeträge entstanden sind. Dem gegenüber sind die steuerlichen Einkommen, sowohl was die natürlichen als auch was die juristischen Personen anbelangt, deutlich gesunken. Das diesjährige Defizit würde, sofern der vorliegende Antrag auf Steuererhöhung angenommen würde, Fr. 259'394.-- betragen.

Der Gemeinderat hat, wo nur möglich und vertretbar, die Sparbremse betätigt, sämtliche nicht lebensnotwendigen Investitionen gestoppt und selbst bei den Gehältern nicht Halt gemacht. Unter anderem wird den Mitarbeiter/Innen nicht nur der jährliche Teuerungszuschlag verwehrt, sondern die bisher hälftig geteilten Prämien für die Nichtbetriebsunfallversicherung werden neu allen Angestellten zu 100 % auferlegt. Doch alle Sparmassnahmen helfen nicht darüber hinweg, dass es der Gemeinde Bättwil nicht erspart bleibt, den Steuerfuss spürbar anzuheben. Da Bättwil im Gegensatz zu den umliegenden Gemeinden in den letzten Jahren versäumt hat, Steuerreserven zu bilden, kann heute leider auch nicht auf entsprechende Notpolster zurückgegriffen werden.

Eine Steuererhöhung ist der einzige Weg, die kantonale Pflicht zu erfüllen, den Bilanzfehlbetrag innert der nächsten maximal 8 Jahre abzubauen und die Finanzen zu sanieren. Sollten die Stimmbürger sich weigern, die Steuern der heutigen prekären finanziellen Situation adäquat anzupassen und den Bilanzfehlbetrag wie vorgeschrieben abzubauen, läuft die Gemeinde Bättwil Gefahr, durch den Kanton Solothurn bevormundet zu werden und die Handlungsfähigkeit zu verlieren. Gesetztensfalls würde uns in absehbarer Zeit von kantonalen Seite her ein kaum attraktiverer Gemeindesteuerfuss auch gegen den Willen des Stimmvolkes auferlegt werden.

Aus diesen Gründen kommt der Gemeinderat nach sorgfältiger Überlegung nicht umhin, folgenden Steuerfuss zu beantragen:

Gemeindesteuern neu für natürliche Personen 144 % (bisher 120 %), für juristische Personen 120 % (wie bisher) gemäss § 3 des Gemeindesteuerreglements für natürliche und juristische Personen.

Paul Stöcklin stellt den Antrag, dass der Steuersatz bei 120 % belassen und das Budget 08 neu überarbeitet werde.

Paul Schönenberger teilt mit, dass Unterstützung des Kantons gewährleistet sei, im Moment aber Personalangel herrsche und im jetzigen Moment keine freie Kapazität vorhanden sei.

Lajos Kovacs erinnert daran, dass im Januar 2008 ein genehmigtes Budget vorliegen müsse, ansonsten die Zwangsverwaltung durch den Kanton erfolgen würde.

Yvonne Kilcher beantragt als Kompromisslösung, den Steuerfuss auf 130% festzulegen, da der Steuerzahler durch den ab 2008 niedrigeren Staatssteuerfuss auch etwas einspare.

Bei Hans Georg Leuenberger kommt das Gefühl auf, er befinde sich auf einem Bazar. Gleichzeitig betont er, dass er sich mit einer Steuererhöhung auf 144% nicht abfinden könne. Er ist dafür, dass die Ausgabenseite nochmals genauer überprüft und dabei die Hilfe des Kantons in Anspruch genommen werden sollte.

Er stellt den Antrag, dass eine partitatisch zusammengestellte Finanzkommission gewählt werden solle. Diese sollte zu Händen des Gemeinderates in Zusammenarbeit mit Experten des Finanzdepartements Solothurn das neue Budget 2008 und das Finanzkonzept für die Zukunft sowie formulierte Anträge für eine kommende Gemeindeversammlung erstellen.

Lajos Kovacs erklärt, über diesen Antrag könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgestimmt werden, bittet aber fachkundige Personen darum, sich im Anschluss an die Versammlung zu melden.

René Gächter hat Verständnis, dass eine Steuererhöhung auf 144 % jedem Einwohner „weh“ tut. Er befürchtet jedoch, dass eine Zwangsverwaltung durch den Kanton eine noch grössere Steuererhöhung nach sich ziehen würde. Peter Glaser und Thomas Kötter schliessen sich seiner Meinung an.

Thomas Kötter möchte den Antrag von Yvonne Kilcher, die Steuern auf 130 % festzulegen, ergänzen und eine gesunde Finanzplanung mit nochmaligem Durchkämmen des Budgets auf weitere mögliche Einsparungen und eine rigorose Kostenkontrolle einbeziehen.

Hans Georg Leuenberger schlägt vor, dass erstens die Steuererhöhung auf 144 % abgelehnt und zweitens im Januar 2008 ein neues Budget auf der Basis eines Steuerfusses von 130 % vorgelegt werden solle.

Lajos Kovacs weist darauf hin, dass in diesem Fall die Frist nicht eingehalten werden könne und somit der Kanton Solothurn einschreiten würde. Hans Georg Leuenberger nimmt diese Massnahme in Kauf.

Bruno Siegenthaler ist sicher, dass diesbezüglich mit den Verantwortlichen des Kantons geredet werden könne.

Yvonne Kilcher bezweifelt eine Hilfestellung des Kantons und möchte ein Zeichen setzen. Das soll heissen, dass die Steuern auf 130% festgelegt werden sollten.

Urs Bussmann ist erstaunt darüber, dass es nicht möglich sein soll, bis Januar 2008 ein neues Budget vorzulegen. Mit Hilfe der Einwohner und Verwaltungsangestellten müsse dies eigentlich zu schaffen sein.

Peter Staub ist der Meinung, Änderungskündigungen könnten jederzeit gemacht und so die Lohnkosten der Verwaltung der finanziellen Situation angepasst werden. Ausserdem sollten die leer stehenden Schulräume vermietet werden.

Um den Überblick zu behalten, wird einzeln über die verschiedenen Anträge abgestimmt.

1. Der Gemeinderat beantragt, die Gemeindesteuern für natürliche Personen auf 144 % (bisher 120 %), für juristische Personen 120 % (wie bisher) gemäss § 3 des Gemeindesteuerreglements für natürliche und juristische Personen, anzuheben.

Mit 12 Zustimmen und der mehrheitlichen Ablehnung wird dieser Antrag abgelehnt.

2. Paul Stöcklin beantragt, dass der Steuerfuss bei 120% belassen und das Budget neu überarbeitet werden solle.

Mit 97 Zustimmen und 63 Ablehnungen wird diesem Antrag zugestimmt. Somit bleibt der Steuersatz bei 120%.

3. Yvonne Kilcher beantragt, die Steuern auf 130 % zu erhöhen, mit der Ergänzung von Thomas Kötter betreffend gesunde Finanzplanung.

Mit 94 Ablehnungen und 79 Zustimmen wird dieser Antrag abgelehnt.

Der Gemeinderat beantragt, die unten genannten Gebühren zu genehmigen.

2. Abfallgebühren (wie bisher):

Vignetten für Kehrichtsäcke mit	17 Liter Inhalt	Fr.	-.95
	35 Liter Inhalt	Fr.	1.90
	60 Liter Inhalt	Fr.	3.80
	110 Liter Inhalt	Fr.	5.70
Container mit 800 Liter Inhalt (nur für Gewerbebetriebe und Landwirtschaft)		Fr.	50.00
Sperrgut je 20 kg		Fr.	5.70
Grünabfuhrgebühren:		Fr.	1.50
(50 cm hoch mit Durchmesser von max. 46 cm)			
Vignetten für Äste und Baumschnitt (Bündellänge max. 1,5 m, Durchmesser max. 40 cm)		Fr.	1.50

Grössere Mengen müssen weiterhin bei der Gemeindeverwaltung angemeldet werden.
Das Gemeindepersonal häckselt sie dann direkt vor Ort gegen eine zusätzliche Gebühr.

Die Gebühren werden wie vorgeschlagen und ohne Diskussion einstimmig genehmigt.

12. Dezember 2007

Traktandum 6 - Genehmigung der Investitionskredite

Die Mehrheit der Anwesenden beschliesst, dass auf eine Abstimmung über die Investitionskredite an der heutigen Gemeindeversammlung verzichtet wird. Dieses Traktandum wird auf die GV vom Januar 2008 verschoben.

12. Dezember 2007

Traktandum 7 - Genehmigung des Voranschlags

Der Gesamtvorschlag 2008 wurde, mit überwiegender Mehrheit, abgelehnt.

Traktandum 8 - Gemeindebauten, wie weiter

René Gächter stellt mit einer PowerPoint Präsentation noch einmal unten stehende Punkte dar:

Am 15.11.2007 konnte sich die Gemeindebevölkerung ein persönliches Bild über den Zustand und die Situation der Gemeindebauten machen. Die „ad hoc Kommission Gemeindebauten“ zeigte illustrativ und wertneutral die verschiedenen Problematiken, Vor- und Nachteile wie auch Möglichkeiten betreffend Umbauten auf. Für Einzelheiten verweist die ad hoc Kommission auf ihre seit dem 15. November 2007 unter www.baettwil.ch, Rubrik „Aktuelles“, „hand-out Gemeindebauten Bättwil“ zur Verfügung stehenden und für jeden abrufbaren Dokumentation.

Zusammenfassend sei hier Folgendes festzuhalten:

Den **Status quo** mit der Beibehaltung der heutigen Gemeindeverwaltung in der letztmals vor 20 Jahren renovierten Krone kann sich die Gemeinde nicht mehr leisten, da nicht nur die jährlich hohen Betriebskosten in Höhe von mindestens Fr. 60'000.-- sondern auch die in den nächsten Jahren zu erwartenden Renovationskosten mit Sicherheit anfallen werden. Darunter fallen zwingend die von der SUVA schon bemängelte Holzterasse, das nicht mehr den kantonalen Richtlinien entsprechende Archiv und bis spätestens 2009 die nicht mehr den Normen entsprechende Heizanlage.

In Zahlen: Renovationskosten: mind. Fr. 76'000.--, wobei der Ersatz der Heizung (Fr. 25'000.--) erst 2009 fällig würde.

Betriebskosten: jährlich mind. Fr. 60'000.--

Risiko/Nachteile: Die Krone bleibt ein altes Gebäude, welches nach nunmehr 20 Jahren kurz- bis mittelfristig unerwartete Reparaturen/Renovationen notwendig werden lässt. Die für Arbeitsräume zu niedrigen Deckenhöhen bleiben unverändert, Tageslicht ungenügend, keine geeignete Wartezone, kein Diskretschalter, nicht behindertengerecht.

Das neu zu erstellende Archiv kann ausserdem nur ausserhalb der Krone im Werkhof-Büro (unter dem Kronensaal) untergebracht werden.

Variante 1: Umbau EG Krone für Verwaltung

Der an der Gemeindeversammlung im Dezember 2006 gestellte Antrag, einen „schlanken Umbau des Gastronomiebetriebs zur erweiterten Verwaltung“ in die Gesamtprojektierung einzubeziehen, hat die ad hoc Kommission in Zusammenarbeit mit einem Architekten gründlich geprüft. Das Behindertengesetz (BehiG) schreibt allerdings auch bei einem noch so „schlanken“ Umbau zwingend eine behindertengerechte Anpassung vor.

In Zahlen: Investitionskosten: ca. Fr. 366'000.--

Betriebskosten: jährlich ca. Fr. 60'000.—

Risiko/Nachteile: Die Krone bleibt auch nach solchen Umbauarbeiten ein altes Gebäude, bei welchem weiterhin kurz- bis mittelfristig unerwartete Reparaturen/Renovationen nötig werden. Geringe Deckenhöhen, ungenügendes Tageslicht und die notwendigen Arbeitsprozesse würden durch Aufteilung der Verwaltung auf 2 bis 3 Etagen sehr erschwert.

Variante 2: Umbau Schulzimmer Birkenhof für Verwaltung

Bereits im Jahre 2005 wurde der Bevölkerung ein Umbaukonzept für die Birkenhof-Schulzimmer vorgestellt. Eine behindertengerechte Anpassung nach BehiG müsste nicht mehr vorgenommen werden, da der Birkenhof bereits über eine Rampe, Behinderten-Toiletten und entsprechende Einrichtungen verfügt. Die ganze Verwaltung inkl. ein modernes Rollarchiv-System kann auf einer einzigen Arbeitsebene untergebracht werden.

In Zahlen: Investitionskosten:	ca. Fr. 282'000.--
Betriebskosten:	jährlich ca. Fr. 20'000.--
Risiko/Nachteile:	Der vordere Teil der Krone kann ganz oder teilweise vermietet oder verkauft werden. Die zu erwartenden Renovations-/Reparaturkosten werden allerdings in einen allfälligen Kauf- bzw. Vermietpreis beeinflussen.

Variante 3: Kindergarten in Schulzimmer Birkenhof

Die Kinderzahlen sind gemäss der aktuellsten Statistik weiterhin rückgängig. Ausgehend von einem gleich bleibenden Stand an Kinderzahlen wird Bättwil in den nächsten Jahren weiterhin nur einen einzelnen Kindergarten benötigen. Das alte Schulhaus, in welchem der Kindergarten untergebracht ist, ist zwar schlecht isoliert und führt zu hohen Heizkosten, eine Gefahr für die Kinder besteht jedoch nicht, also ist ein ordnungsgemässer Kindergartenbetrieb gewährleistet. Darum besteht zurzeit kein dringender Handlungsbedarf für einen neuen Kindergarten.

In Zahlen: Investitionskosten:	keine
Betriebskosten:	hohe Heizkosten, Betriebskosten fallen mit Gesamtgebäudekomplex Birkenhof zusammen
Risiko/Nachteile:	Die Entwicklung der Kinderzahlen, der Gemeindefinanzen sowie der Bevölkerung kann abgewartet werden (Zeithorizont: 3 Jahre). In etwa drei Jahren kann dann für den Kindergarten eine mittel- bis langfristige Lösung ausgearbeitet werden.

Schlussfolgerungen:

Den Status quo im Gebäude Krone kann sich die Gemeinde nicht mehr leisten. Allerdings macht es nur dann einen Sinn, den Umzug der Verwaltung in das Birkenhofgebäude umzusetzen, wenn sich Käufer- und/oder Mietinteressenten für die Krone einfinden. Um dies aber verbindlich abzuklären, muss dem Gemeinderat die Kompetenz eingeräumt werden, sich nach Kauf- bzw. Mietinteressenten umzuschauen und diese zumindest mit Optionen oder Vorverträgen solange zu verpflichten, bis die Gemeindebevölkerung definitiv einem allfälligen Verkauf zustimmt.

Bezüglich der weiteren noch im Eigentum der Gemeinde befindlichen Grundstücke ist nun ebenfalls die Zeit gekommen, diese angesichts der heutigen prekären finanziellen Lage zu veräussern. Um auch hier verbindlich abklären zu können, ob Interessenten vorhanden sind, sollte auch hier dem Gemeinderat die Kompetenz eingeräumt werden, sich nach Kaufinteressenten umzuschauen und diese zumindest mit Optionen oder Vorverträgen solange zu verpflichten, bis die Gemeindebevölkerung definitiv einem allfälligen Verkauf zustimmt.

Peter Glaser erkundigt sich, ob ein klarer Antrag seitens des Gemeinderates bestehe. René Gächter bemerkt, dass wegen der finanziell schlechten Lage der Gemeinde kein konkreter Antrag bestehe.

Sylvia Fix erkundigt sich, ob die Verwaltung nicht ohne bauliche Veränderung ins Birkenhofgebäude umziehen könne.

René Gächter räumt ein, dies noch nicht geprüft zu haben.

Hans Georg Leuenberger ist mit René Gächter in Sachen Finanzangaben nicht einverstanden. Er ist der Meinung, dass beim Birkenhof der Eigenmietwert eingerechnet werden müsse. Zudem schlägt er vor, alle Umzuggedanken auf Eis zu legen und den Birkenhof zu vermieten.

Thomas Kötter weist darauf hin, dass beide Gebäude bereits abgeschrieben seien, im jetzigen Zustand jedoch keine Einnahmen bringen würden. Das leer stehende Restaurant verursache nur Kosten und der Birkenhof könne wegen der öffentlichen Zone nicht an irgendjemanden vermietet werden. Er ist davon überzeugt, dass durch einen schnellen Umzug die Kosten verringert werden könnten.

Er stellt den Antrag, den Umzug der Gemeindeverwaltung in den Birkenhof in den Investitionsplan 2008 aufzunehmen.

Peter Glaser unterstützt den Antrag von Thomas Kötter.

Urs Bussmann erkundigt sich, wie hoch der Verkaufserlös der Krone wäre.

René Gächter beziffert diesen mit geschätzten Fr. 400'000.-- bis 500'000.-- (ohne Werkhoflager und Kronensaal.)

Thomas Kötter bemerkt, dass bis anhin keine offizielle Schätzung erfolgt sei.

Peter Glaser bietet an, kostenlos eine solche Schätzung durchzuführen.

Christoph Kaupp erkundigt sich, ob Fusionspläne mit anderen Gemeinden in Betracht gezogen werden.

René Gächter weist darauf hin, dass dies einen zu langen Prozess nach sich ziehen würde. Es bestehe jetzt Handlungsbedarf.

Hans Georg Leuenberger weiss, dass eine Zusammenarbeit unter den Gemeinden erwünscht wäre. Er schlägt vor, die gesamte Planung um ein Jahr zu verschieben.

Bruno Siegenthaler erkundigt sich, weshalb nicht schlank, ohne grosse bauliche Veränderungen in den Birkenhof umgezogen werden könne und somit die Kosten um die Hälfte gekürzt werden könnten.

René Gächter bemerkt, seines Erachtens sei nicht so viel Sparpotential vorhanden.

Hans Roderer ist überzeugt, dass die Verwaltung unbedingt in den Birkenhof umziehen möchte. Er empfindet jedoch 217 m² als zuviel Arbeitsplatz für 4 Gemeindeangestellte. Wenn man nichts habe, solle man auch nichts ausgeben.

Thomas Kötter stellt den Antrag, den Umzug in den Birkenhof in die Investitionsplanung aufzunehmen.

Mit 68 Zustimmen und 70 Ablehnungen wird dieser Antrag abgelehnt.

Arno Schumacher ist der Meinung, solche Investitionen sollten wegen der schlechten finanziellen Lage verschoben werden. Er empfiehlt, die Krone zu verkaufen und den Birkenhof zu vermieten.

Thomas Kötter gibt zu bedenken, dass bis zum Verkauf der Krone laufend weitere Kosten anfallen würden.

Hans Roderer ist der Meinung, dass Geld verschenkt werde, und beantragt das ganze Umzugprojekt zurückzustellen.

Mit 72 Zustimmen und 24 Ablehnungen wird das gesamte Umzugsprojekt zurückgestellt.

Der Gemeindeversammlung wird deshalb beantragt, dem Gemeinderat die Erlaubnis zu erteilen, sich nach potentiellen Käufern für die noch im Eigentum der Gemeinde stehenden Grundstücke einschliesslich Krone verbindlich umzusehen und, falls erforderlich, Optionen und/oder Vorverträge abzuschliessen.

Lilly Tagni erkundigt sich nach den genauen Grundstücken, die hier gemeint seien.
Lajos Kovacs zählt diese auf: 2 Grundstücke in der Oeba Zone, Krone, Birkenhof, Eichacker Reservezone, Rebenstrasse und Rüttihofstrasse.

Peter Glaser ist erstaunt, dass Oeba Zonen verkauft werden sollen. Ein Käufer könne ja kein Projekt realisieren.

Doris Goldstein schlägt vor, dass man versuchen sollte, die Krone zu verkaufen, den Rest jedoch noch zu behalten.

Max Kilcher stellt 1. den Antrag die Krone zu verkaufen und 2. den Antrag, für alle gemeindeeigenen Grundstücke Interessenten zu suchen.

1. Dem Verkauf der Krone wird mit der Mehrheit zugestimmt.

2. Mit 80 Zustimmen und 43 Ablehnungen wird der dem Gemeinderat die Erlaubnis erteilt, für alle gemeindeeigenen Grundstücke Kauf- oder Mietinteressenten zu suchen.

Peter Staub beantragt, einen Mieter für den Birkenhof zu suchen.

Die Mehrheit stimmt dem Antrag, den Birkenhof zu vermieten, zu.

Traktandum 9 - Diverses

Alexander Geigy würde es befürworten, wenn vermehrt mit anderen Gemeinden zusammengearbeitet werden würde.

Walter Brunner bittet zu prüfen, ob in der Kirchgasse die Friedhofsparkplätze in blaue Zonen geändert werden können.

Nachdem keiner mehr das Wort verlangt, schliesst Lajos Kovacs die Versammlung, bedankt sich für die regen Diskussionen und wünscht zu später Stunde allen Anwesenden eine gute Nacht.

Der Gemeindepräsident:

Die Gemeindeschreiberin:

L. Kovacs

F. Albrecht